



Hungerzölle — Hungerlöhne

Mit den Plänen der Hindenburg-Regierung, die Industrieartikel und Lebensmittel, die aus dem Ausland nach Deutschland eingeführt werden, mit hohen Zöllen zu belegen, ist eine Frage angeschnitten, an der jede Arbeiterfrau erkennen kann, wie die „hohe Politik“ zusammenhängt damit, was sie „in ihren Topf legt“. Denn der Zusammenhang ist doch sehr einfach: Wird auf die Waren, die aus dem Ausland hereinkommen, ein hoher Zoll gelegt, dann werden diese Waren, bis sie in die Hände der Arbeiter kommen, außer dem Gewinn des Fabrikanten und der vielen Zwischenhändler auch noch um diesen Zoll verteuert. Die herrschenden Kapitalisten und Junker wollen damit erreichen, daß aus dem Ausland keine billigeren Lebensmittel und Gebrauchsartikel ihnen Konkurrenz machen und daß sie also in Deutschland ihre Waren auch weiter für Wucherpreise verkaufen können. Denn ihre Rechnung ist doch sehr einfach: Wenn das Ausland, z. B. Rußland, billiges Brotgetreide, billiges Mehl, billige Kartoffeln hereinbringen könnte, dann müßten die deutschen Junker mit ihren Preisen heruntergeben. Wenn billige Stoffe, Haushaltsgegenstände usw. eingeführt werden könnten, dann müßten die Preise der deutschen Waren auch herabgesetzt werden. Wenn billige Maschinen hereinkämen, dann müßten auch die mit Hilfe dieser billigeren Maschinen hergestellten Waren billiger werden. Die Rechnung also, die die Regierung mit den hohen Zöllen aufstellt, ist eine Rechnung, die den Kapitalisten und Junkern

höhere Profite einspanzt, den Arbeitenden aber ihre Hungerlöhne weiter kürzen will, denn wenn die Waren teurer sind, so ist der Lohn noch weniger wert.

Man könnte fragen, warum denn die deutschen Kapitalisten und Junker ihre Konkurrenz mit den ausländischen Waren nicht so betreiben könnten, daß auch sie ihrerseits die Preise herabsetzen? Da kommt aber eben die Lotterwirtschaft der deutschen Kapitalisten in Betracht. Sie wollen keine besseren Maschinen verwenden, die Bodenkultur nicht verbessern, damit sie dadurch konkurrenzfähig werden; sie stützen sich in ihrer Lotterwirtschaft auf die deutschen Hungerlöhne, die niedriger sind als irgendwo in der Welt — und auf ihre Wuchergeschäfte, die sie eben mit den Schutzollmaßnahmen unterstützen wollen. Dazu kommt, daß sie sich durch den Dawes-Pakt verpflichtet haben, als Zwischenmeister des ausländischen Räuberkapitals aus den deutschen Massen so viel herauszupressen, daß sie außer ihren eigenen fetten Profiten noch ihre Tribute an die ausländischen Räuber zahlen können.

So hängt der Dawes-Pakt mit den geplanten Wucherzöllen aufs engste zusammen. Und es ist gut, wenn sich die Arbeiterfrauen bei dieser Gelegenheit daran erinnern, was die Kommunisten anlässlich des Dawes-Paktes vorausgesagt haben: wir sagten damals voraus, daß die deutschnationalen Junker von Schlot und Korn nur deshalb dem Dawes-Pakt zustimmen, weil ihnen versprochen wurde, daß sie mit Wucherzöllen schadloß gehalten werden.



Die neuen Wucherzölle sollen das deutsche Landvolk zügeln können

Der
11. 11. 1911
Sonntag, den 11. 11. 1911

Montag
12. 11. 1911

Dienstag
13. 11. 1911

Mittwoch
14. 11. 1911

Donnerstag
15. 11. 1911

Freitag
16. 11. 1911

Sonntag
17. 11. 1911

Montag
18. 11. 1911

Dienstag
19. 11. 1911

Mittwoch
20. 11. 1911

Donnerstag
21. 11. 1911

Freitag
22. 11. 1911

Sonntag
23. 11. 1911

Montag
24. 11. 1911

Dienstag
25. 11. 1911

Mittwoch
26. 11. 1911

Donnerstag
27. 11. 1911

Freitag
28. 11. 1911

Sonntag
29. 11. 1911

Wer war aber die eifrigste Jurisprecherin des Dawes-Paktess? Die Sozialdemokratie. Sie schwägte dabei von der „gerechten Lastenverteilung“, obwohl sie sehr genau wußte, daß mit den Zollversprechungen und Steuerrückstößen in vornderem jedes Gerede von der „gerechten Lastenverteilung“ elendes Geschwäg ist, daß die Lasten eben restlos auf die arbeitenden Massen fallen. Zudem die Sozialdemokratie damals zusammen mit den Deutschnationalen so begeistert für den Dawes-Pakt eintrat, trat sie auch schon für die Zuckerzölle, diesen Kaufpreis der deutschnationalen Zustimmung, ein.

Heute spielt die Sozialdemokratie den betrogenen Betrüger: sie schreit gegen die geplanten Lebensmittelzölle, weil sie weiß, daß jeder einfache Prolet begeistert, daß diese Lebensmittelzölle ihn zum Hungerdasein verurteilen. Die Sozialdemokratie verschweigt aber den Massen, daß erstens die Industriezölle die Lebenshaltung direkt und indirekt ebenso verteuern und daß zweitens das Bündnis der Junker und Industriefürsten es mit sich bringt, daß, wenn Industriezölle so auch Lebensmittelzölle eingeführt werden. Die einen wälzen die anderen auf Kosten der arbeitenden Massen schodlos.

So erahnt sich, daß man nicht gegen die Brot- und Kartoffelwucherzölle ankämpfen kann, ohne gleichzeitig gegen die Industriezölle zu kämpfen, daß man nicht gegen die Junker schreien kann, ohne gleichzeitig gegen die Industriefürsten den Kampf zu führen. Aber auch, daß man nicht gegen die Zuckerzölle schöne Gesellen machen kann, ohne den Dawes-Pakt als die Grundlage der ganzen Ausbeutungspolitik in Deutschland zu verwerfen. So stellt

sich das Geschrei der Sozialdemokraten gegen die Zuckerzölle als elende Heuchelei, als Schwindel heraus.

Nun könnte mancher einfache Arbeiter einwenden, daß aber die Schutzzölle gegen ausländische Industrieartikel doch deshalb nützlich wären, weil damit verhindert wird, daß die ausländische Konkurrenz die Arbeitslosigkeit in Deutschland vermehrt. Darauf ist aber zu antworten, daß die ausländischen Kapitalisten kraft ihrer militärischen Macht den Schutz Zoll natürlich überaus durchbrechen werden, wo es ihnen nützlich erscheint. Sie werden mit den deutschen Kapitalisten Pakte abschließen, sie anderweitig entschädigen, aber am allerwenigsten natürlich auf die deutschen Proleten Rücksicht nehmen. Auch gegen die Arbeitslosigkeit hilft kein Schutz Zoll.

Die Kommunisten treten energisch gegen alle Zuckerzölle ein, weil sie Zuckerzölle der Kapitalisten auf Kosten der breiten Massen darstellen. Kann aber etwa die Lage der Massen dadurch wirklich erleichtert werden, daß die Kapitalisten auf die Zölle aus freien Stücken „verzichten“? Auch das ist nicht möglich. Nur eine von den Arbeitermassen kontrollierte Außenhandelspolitik, die das einführt, was die Massen brauchen und das nicht ausführen läßt, was hier gebraucht wird, kann helfen. Die Sowjetregierung hat mit ihrem Außenhandelsmonopol diesen Weg beschritten. Der Kampf der Arbeitenden gegen die Zölle gilt der ganzen Kapitalistenklasse; er ist ein Kampf gegen die gesamte Herrschaft der Junker und Schlotbarone, der einzige, der wirkliche Kampf gegen die innerlich monarchistische Hindenburg-Reaktion.

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Der schwarzweihrote Reichspräsident will amnestieren! Wen das ist noch nicht heraus. Der Reichstag soll einen Gesetzentwurf aufarbeiten. Der Reichsausschuß des Reichstages diskutiert daran herum. Die Länder sollen sich erst „verständigen“. Man sagt Bayern und Preußen machen Schwierigkeiten. Preußen wehrt sich dagegen und behauptet, wenn das Reich eine Amnestie für die von Reichsgerichten Verurteilten erläßt, wird Preußen sofort folgen. Einer schickt die Schuld auf den andern.

Um dieser Streiterei einmal ein bißchen nachzuhelfen, waren am Freitag, den 22. Mai, 16 Frauen von politischen Gefangenen in Berlin und haben mit Regierungsvertretern und einigen Parteien des Reichstages gesprochen. Da die meisten nicht antworten konnten, haben sie in einem ausführlichen Schreiben vielen Forderungen ihre Wünsche unterbreitet.

Wenn es nach den Versprechungen geht, die den Frauen überaus gemacht wurden, bleibt kein politischer Gefangener mehr im Zuchthaus. Alle hatten Verständnis für die Not der Frauen und Kinder, alle wollten sich für eine Amnestie einsetzen. Der preussische Ministerpräsident war sogar für eine Vollamnestie. Eine Vollamnestie mit Ausnahme der „schweren Fälle“. Denn die ganz schweren Fälle könnten natürlich nicht mit unter die Amnestie fallen.

Auch bei der Redaktion des sozialdemokratischen „Vorwärts“ waren die Frauen, damit dieses „Arbeiterblatt“ sich auch für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetze. Es wurde ihnen versprochen, den Brief den die Frauen an die Fraktionen des Reichstages geschickt hatten, zu veröffentlichen. Ja, der verhandelnde Redakteur erklärte sich sogar bereit, täglich fünf der freigesetzten Fälle zu bringen, um die Aufmerksamkeit auf die politischen Gefangenen aufmerksam zu machen. Die Frauen mußten am nächsten Tag wieder in ihre Heimatsorte an die Arbeit fahren, damit ihnen der Verdienst nicht verloren ginge. Sie beauftragten deshalb die „Rote Hilfe“, das Schreiben an die Fraktionen, wie auch an die Redaktion des „Vorwärts“ zu schicken. Der „Vorwärts“, der in Gegenwart der Frauen die herbeiführte Teilnahme heuchelte, hat das Schreiben natürlich nicht abgedruckt, sondern dafür eine wilde Hebe gegen die kommunistische Partei entlassen.

Der Landesverband der bürgerlichen Liga für Menschenrechte hat von seinem Bundesstag aus Telegramme an Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsjustizminister geschickt mit der Forderung der Amnestie für alle politischen Gefangenen. Der bürgerliche Verband fordert von den Regierungsstellen

Amnestie, der sozialdemokratische „Vorwärts“, der vorgibt, ein Organ für die Interessen der Arbeiterklasse zu sein, beschimpft die Frauen der politischen Gefangenen, von denen keine in den völkischen Hinterleuten gehörte. Die brauchen nicht Amnestie zu fordern, deren Männer sind längst wieder auf freiem Fuß.

Wir wollen die Arbeiter und die Arbeiterfrauen fragen, die noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei sind, ob sie einverstanden sind mit der Haltung ihres Zentralorgans. Sollte es einen Arbeiter geben, der sich nicht dafür einsetzt, daß kein Klassenangehöriger, der Kollege aus dem Betrieb, von seinen Nachbarhauswahlen befreit wird? Gibt es eine Arbeiterfrau, die nicht den Kummer und die Not ihrer Nachbarin mitfühlt? An sie wollen wir uns wenden. Wir wollen zu ihnen gehen in den Betrieb, in die Gewerkschaft, in die Wohnungs. Sie sind die einzigen, die wirklich Verständnis für die maßlosen Verfolgungen ihrer Klassenbrüder haben, die einstimmig immer wieder allen Regierungsstellen zurufen müssen:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Deutsche Kriegerhinterbliebene, heraus zur Götter Konferenz!

Die Kriegsoffizier-Internationale (KIO) ruft zu einer Konferenz gegen den Abbau der Versorgung und Fürsorge am 23. Juni nach Köln an.

Diese Konferenz ist dringend notwendig geworden. Durch die immerwährende Verschlechterung der Versorgung, der wirtschaftlichen Lage überhaupt, sind die Kriegerhinterbliebenen in Verzweiflung und Verbitterung geraten, aus der sie fast keinen Ausweg finden.

Die Rentenerhöhungen, die bewilligt wurden, waren Scheinmanöver, weil sie durch stetes Steigen der Lebensbedürfnisse und Mieterhöhungen überholt wurden.

Den besonderen Dank sollen sie durch die Fürsorgepflichtverordnung empfangen. Kein Ausbau der Fürsorge, sondern Abbau, Herabdrückung zu Almosenempfängerinnen. Ja, noch nicht genug damit, diese Fürsorge wird abgebaut gemacht von der Leistung „gemeinnütziger Arbeiten“.

Die Kriegsoffizier-Internationale hat die Notwendigkeit zur Abwehr erkannt und fordert alle Kriegerhinterbliebenen auf, einmütig hinter der Konferenz zu stehen. Heran an die Hinterbliebenen des Reichsbundes, des Reichsverbandes und Zentralverbandes der Invaliden und Witwen. Bildet die gemeinsame Front der Abwehr gegen weitere Not, weitere Verelendung!

Eine jede tue ihre Pflicht, und der Sieg wird unser sein!

Arbeiterklasse zur Vorbereitung mit uns zusammen... kein kann, werden sie bemühen, die Gewerkschaften wieder zu den „Schulen des Sozialismus“ zu machen. (und durch... die Arbeiterklasse wieder weit zurückdrängen konnten, ihre

Forderungen des Textilarbeiter-Verbandes für den Schutz der schwangeren Arbeiterinnen.

Die Textilarbeiterinnen haben sich in vielen Industriegebieten während des letzten Jahres energisch für einen ausreichenden Arbeiterinnenschutz eingesetzt. In Betriebsversammlungen, Arbeiterinnenversammlungen, auf Verbandskonferenzen, überall traten sie mit ihren berechtigten Forderungen hervor und versuchten auch, Arbeiterinnen anderer Industrien mit in ihre Kampffront einzureihen. Dadurch sieht sich jetzt auch der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes gezwungen, sich der Forderungen seiner weiblichen Mitglieder anzunehmen und sie zu vertreten.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hat am 1. April an den Reichstag und an die Parlamente der Länder eine Eingabe gerichtet, in der ein ausreichender Schutz für die schwangeren arbeitenden Frauen und Mädchen gefordert wird. Diese Eingabe enthält folgende Hauptforderungen:

1. Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft,
2. Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag,
3. Vergütung des entgehenden Arbeitsverdienstes aus Mitteln des Staates oder einer zu schaffenden obligatorischen Kollektivversicherung.

Daneben wird die Schaffung von Sitzgelegenheiten am Arbeitsplatz, Bereitstellung von besonderen Räumen zum Aufenthalt der Schwangeren während der Pausen oder bei Schwächezuständen, Bereitstellung von Medikamenten, Einrichtung guter Kantinen und Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben, restlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten usw. verlangt.

In einer sehr langen und ausführlichen Begründung wird ein Gutachten des Berliner Frauenarztes Dr. Max Firsch angeführt, durch das auch statistisch die große Schädlichkeit der Erwerbsarbeit während der Schwangerschaft nachgewiesen wird.

Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes hat sich, wie schon oben erwähnt, mit diesen Forderungen an den Reichstag und die Landesparlamente gewandt.

Es steht aber schon von vornherein fest, daß diese Forderungen nur eine ganz geringe Unterstützung in den

Parlamenten finden werden, höchstwahrscheinlich nur durch die kommunistischen Fraktionen. Denn auch die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen haben bereits bei den verschiedensten Gelegenheiten bewiesen, daß sie für einen wirklich ausreichenden Arbeiterinnen- und Mutter-schutz nicht eintreten. Bestenfalls haben sie sich bisher — wenn auch nur auf dem Papier — für eine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ausgesprochen, das den Schwangeren wohl das Recht auf Arbeitseinstellung kurz vor und nach der Niederkunft zugesteht, dabei aber voraussetzt, daß die schwangeren Arbeiterinnen während dieser Zeit den Lohnausfall selbst tragen. Dadurch wird natürlich dieses „Recht“ zu einer Farce.

Daß sämtliche bürgerlichen Parteien gegen die Forderungen des Textilarbeiter-Verbandes sind, braucht nicht erst betont zu werden. Die Unternehmervertreter werden im Gegenteil versuchen, die Arbeitsbedingungen der weiblichen Arbeiterschaft noch mehr zu verschlechtern.

So kann also der Textilarbeiter-Verband lediglich mit der Unterstützung seiner Eingabe durch die kommunistische Partei rechnen, die ja schon in ihrem Gesetzentwurf im Reichstag zum Schutz für Mutter und Kind fast alle Forderungen des Textilarbeiter-Verbandes und noch weitgehendere formuliert hat.

Es ist also klar, daß dieser Vorstoß vollständig im Sande verlaufen muß, wenn die Gewerkschaften nicht planmäßig die gesamte Arbeiterschaft für diese Forderungen mobilisiert. Aber davon merkt man bisher nichts! Warum wird diese Eingabe nur vom Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes unterzeichnet? Warum stellt sich nicht der A. D. G. B. hinter diese Forderungen? Ohne Zweifel würde dadurch ihre Bedeutung erhöht werden, ganz abgesehen davon, daß der Kampf um diese Forderungen wirklich nicht nur Aufgabe der arbeitenden Frauen, sondern Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist. Diese Art der Eingabe erweckt den Verdacht, daß nicht einmal alle Vorstände der freien Gewerkschaften für einen ausreichenden Arbeiterinnenschutz sind.

Will der Textilarbeiter-Verband wirklich seiner Eingabe Nachdruck verleihen, so muß er sich die Mobilisierung der gesamten organisierten Arbeiterschaft hierfür zur Aufgabe machen. Sonst wird diese Eingabe — abgesehen von der Unterstützung durch die kommunistischen Fraktionen — für die Frau sein und auch für die weibliche Textilarbeiter-schaft keine günstigere Position schaffen.

Die Ergebnisse der Tätigkeit der politischen Zirkel der Arbeiterinnen in Leningrad.

(Fortsetzung.)

Beim Aufbau des Unterrichts nehmen unsere Leiter die Arbeitserfahrungen ihrer Hörer zur Grundlage und gehen von diesen aus.

Bei Behandlung von Fragen historischer Natur werden sorgfältig Erinnerungen der Arbeiterinnen gesammelt. Der Unterricht wird in hohem Grade erleichtert dadurch, daß die Leningrader Arbeiterinnen eine ungemein umfassende Erfahrung aus dem revolutionären Kampfe haben. Auf Grund des Materials, das unsere Hörerinnen geben, bringt sie der Leiter zu den notwendigen Schlussfolgerungen. Um der Hörerschaft diese Schlussfolgerungen zu erleichtern, wird eine ganze Reihe von Diagrammen durchgearbeitet. Oft wird, bei Bearbeitung von Fragen, die den Hörern weniger bekannt sind, der Unterrichtsstunde die Durcharbeitung irgendeines Bruchstückes, hauptsächlich aus den Werken des Genossen Lenin, zugrunde gelegt, was den Arbeiterinnen besonders gefällt, da ihnen das Lesen der Schriften des Genossen Lenin noch schwer fällt. Die Arbeiterinnen lernen auch aus Dokumenten der gegenwärtigen Epoche die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es werden Bruchstücke aus Resolutionen der Parteitage, Aufrufe

der Partei, Proklamationen usw. erörtert und Bilder und Lesebuchmaterial gelangt in den Unterrichtsstunden zur umfassenden Anwendung.

Um das Durchgearbeitete im Gedächtnis zu befestigen, und um die gemachten Schlussfolgerungen in ein System zu bringen, verwenden wir ebenfalls Bruchstücke aus den Schriften Lenins. Interessante Errungenschaften wurden auf dem Gebiete der Veranstaltung von Ausflügen erzielt: es wurden Industriebetriebe und das Revolutionsmuseum besucht.

Für jede Art der Propagandatätigkeit werden bei den Rayons-Agitprop-Abteilungen besondere Kontrollgruppen geschaffen und die Vertreter dieser Gruppen bilden eine Kommission der Agitprop-Abteilung des Gouvernementskomitees für Feststellung der gemachten Erfahrungen. Diese aus den Rayons bestehenden Kontrollgruppen (6-7 Genossen in jedem Rayon) besichtigen alle Zirkel des Rayons und üben eine gegenseitige Kontrolle aus.

Wir befinden uns zweifellos auf dem Wege zur Erreichung des Zieles, das wir unseren Zirkeln gestellt haben. Dieses Ziel besteht darin, daß die Arbeiterin Kenntnisse erhalten soll, die sie zur richtigen Organisation ihrer praktischen Tätigkeit braucht, daß sie auf dem Wege des Studiums des Leninismus vorwärts gebracht, sich an Buch und Zeitung gewöhnen, der Partei näher gebracht und zum Eintritt in die Partei vorbereitet werden soll.

(Fortsetzung folgt.)

Die Lage der Landarbeiterschaft in Pommern.

Pommern ist ein geeignetes Agrarland. Korn und Weizen werden dort angebaut, Kühe und Schweine gedeihen, dickwollige Schafe werden geschoren, Flachsbau. Pommern ist die Speise- und Vorratskammer für das Deutsche Reich. Aber diese große Speisekammer ist ebenso verschlossen für die dortigen Proleten, wie in den Städten das Wohlleben für das Industrieproletariat.

Uneingezäunt wächst das Getreide, das Vieh läuft frei auf der Weide herum. Abends wird es in die wohlgebauten lustigen, modernen Ställe geführt, während der Landprolet in seine dumpfste, ungeheure Kute zurückkehrt. Die Frauen sind mit dreißig Jahren alt, ausgezehrt und die Kinder bleichsüchtig und rachitisch.

Der Landarbeiter erhält auf dem Gute für seine Arbeit neben ein paar Pfennigen Lohn ein schmales Depnat (Lohn in Lebensmitteln). Etwas Korn, Mele, dazu Kartoffeln. Das sind seine Lebensmittel. Freilich, er kann sich ja auch noch ein bißchen dazubauen und auch noch ein wenig Vieh großziehen. Ja, wenn er abends müde, abgearbeitet nach Haus kommt, dann baut er wohl noch Kohl und Bohnen, sägt Holz und wenns ganz frohlich kommt, wenn jede Minute des Tages durch Arbeit ausgefüllt ist, und alles gut einschlägt, kann sich der Landarbeiter vielleicht noch ein Schwein anzüchten. Wenn nicht, berst es den Winter über hungern, denn kaufen kann man im Dorf nichts. Erstens hat man ja kein Geld, und die einigermaßen genießbaren Lebensmittel wandern in die Stadt. Bis in den späten Abend kuschelt der Landmann für das eigene Futier und in der ersten Fröhe zieht er schon wieder aufs Gut.

Anrührend sieht der Landmann, wie er verurteilt ist, weiter zu frönen, um nur leben zu können. Nicht er allein arbeitet. Frau und Kind ziehen mit hinaus, um noch einige Pfennige hinzuverdienen. Selbstredend zahlt man ihnen noch viel weniger als den Männern.

Alles, was vom Gut kommt, ist etwas Wunderbares. Wie in der Stadt durch verlogene Kinostücke der Prolet in Illusionen verlegt wird, wie seine Phantasie Schlösser baut, die tags zerfallen und die er abends mit in den Schlaf hineinnimmt, so bildet für die Landarbeiter und die Landarbeiterin die Gutsfamilie das Märchenland. Die Kinder bewundern die Kinder des Gutsherrn. Und haben sie wirklich etwas von Märchen vom Dorfschullehrer gehört, so nehmen diese Naturen sicher Züge und Gestalt der Gutsherrschaft an. Rirmessfest usw., wo widerwillig Gutsherr und -herrin sich dazu hingeben, einige Stunden unter dem gemeinen Volk zu verbringen, schaffen die Illusion, daß die Herrschaft doch recht und gut ist, gar nicht stolz, obwohl sie so sein sind. Man verleiht seine eigenen großen, von der Arbeit zerschundenen Glieder mit den ihren und meint, es sind eben halt andere Menschen, — nach dem Willen des lieben Gottes, schöner, klüger, zum Herrschen geschaffen. Und der Herr Pfarrer predigt, daß auch sie, die Reichen, ihre Not haben, und daß der liebe Herr Baron viel sorgen muß, um all seine Arbeiter zu ernähren. Dann die Repräsentationspflichten, von denen das gemeine Volk nichts kennt. Wie gern möchte man mit ihnen (den glücklichen Armen) tauschen, sie bekommen ja alles und brauchen nicht zu sorgen.

Solche Betöhlerei wirkt auf die Frau weit mehr als auf den Mann. Der Arbeiter war im Kriege. Er hat die Proleten der Stadt getroffen. Er weiß, daß sie nicht das Gold auf der Straße finden, daß sie sich auch mühen müssen. Er weiß, wenn sie zusammenhalten, dann könnten sie den Feind besiegen.

Die Frau freilich fürchtet sich noch immer vor dem Klassenkampf, sie glaubt an die Märchen des Pfarrers, sie redet auf ihren Mann ein, versucht ihn vom „gottlosen Wege“ abzubringen. Ja, die Frauen sind immer das beste, wirksamste Werkzeug der Reaktion. Drum ist ja auch gerade der Kampf unter den Landarbeiterinnen so wichtig.

Der Arbeiter freut sich, wenn ein Redner kommt, er hört aufmerksam von Anfang bis Ende zu. Er hat den festen Willen, zu kämpfen, die Frau wird meistens dabei gelassen, und tötet später den Kampswillen des Mannes.

Wir müssen aufs Land gehen. Wir müssen versuchen, auch die Frauen in die Versammlung zu bekommen. Wir müssen gerade sie den Illusionen der Reaktion entreißen.

Wir müssen die Landarbeiter im DDB organisieren, wir müssen versuchen, die Forderungen der Frauen höher zu stellen. Wir müssen den Landarbeitern zeigen, daß sie gegen die Technische Korbulie mit allen Mitteln kämpfen müssen. In den Gewerkschaften sollen sie diesen Kampf aufnehmen.

Genossen in den Städten, geht aufs Land, die Landarbeiter erwarten Euch, sie suchen den Zusammenbruch mit Euch. Glaubt nicht, daß es ihnen gut geht. Ich erlebte es einmal in Pommern, daß mir eine Landarbeiterin sagte, Milch und Butter könnte sie selber nicht kaufen, da es dies nicht im Dorf gäbe. Butter und Milch werden in die Stadt geschickt. Ihr elendes Kind war ein Beweis, wie wahr ihre Angaben waren.

Es gibt so viel Möglichkeiten und Anhaltspunkte, den Landarbeitern klarzumachen, wie sie betrogen werden von den Gutsherren.

Die Arbeit unter den Landarbeitern ist nicht die Arbeit in den letzten Reihen des Proletariats, sie ist überhaupt die Grundlage für die Durchführung der proletarischen Revolution.

Wie oft wird im Film dargestellt, daß die mit Peitschen bewachten Bauern vor der imposanten Gestalt des Gutsherrn und seinem Herrenblick lautlos zurückweichen. Das ist der Mangel an Glauben an die eigene Kraft. Wir müssen das Klassenbewußtsein auch unter den Landarbeitern und Landarbeiterinnen wecken.

Berliner Genossinnen auf Landagitation.

Zur Präsidentenwahl haben wir aufs Land, um gründliche Propaganda für unsere Arbeiterkandidaten zu machen.

In unserem Abteil befanden sich einige Arbeiter, die zum Angeln wollten. Auch mit ihnen unterhielten wir uns, und als sie ausstiegen, versprochen sie uns, mehr über das, was wir ihnen gesagt hatten, nachzuergründen.

Als wir in unserem Sammellokal in Herzprung ankamen, wurde dort gerade lebhaft diskutiert. Die Leute meinten, Hindenburg sei der richtige Mann, den müsse man wählen. Wir legten daraufhin kurz auseinander, was Hindenburg für die Arbeiter und kleinen Bauern bedeutet, und zuletzt mußten uns die Leute zustimmen. Besonders ein kleiner, einheimischer Händler pflichtete uns bei.

Wir gingen dann in das nächste kleine Dorf und trugen in alle Häuser Flugblätter. In den meisten Häusern wurden wir freudig empfangen. Die Bewohner erzählten uns von der schlechten Lage der Landarbeiter. Drei Arbeiter erhalten bei 10½ Stunden Arbeit zusammen 17 Mark pro Woche. Die Häuser, in denen sie wohnen, sind baufällig. Sie haben nicht das Notwendigste an Gebrauchsgegenständen.

Wo aber Großbauern und der Gemeindevorsteher wohnen, sieht man schon von weitem. Die leiden keine Not.

In Sellmersdorf wurde ich auf verschiedenen Höfen mit den Worten empfangen: „Die kommunistischen Blätter lesen wir mit Interesse. Wir wollen nicht Hindenburg und Marx wählen, denn die haben uns doch nur Unglück gebracht.“ — Auch in dem reaktionären Schmargendorf verbreiteten wir unsere Flugblätter.

Abends um 6 Uhr trafen wir mit Genossen zusammen, die in Angermünde gearbeitet hatten. Auch dort hatten sich die Bewohner um die Flugblätter und Broschüren gerissen. Dort war es auch möglich gewesen, eine gut besuchte Versammlung abzuhalten.

Die uns noch verbliebenen wenigen Flugblätter verteilten wir dann vom Zug aus, damit auch die Beamten in den Weichenhäusern lesen konnten, wenn sie ihre Stimme zu geben hatten.

Unsere Agitation auf dem Lande ist sicher von großem Erfolg. Es müssen sich noch viel mehr Arbeiterfrauen aus den Städten daran beteiligen. C. B.

Bonkott-Beschluß über Rathreiners Malzkaffee.

Der von der Direktion der Rathreiners Malzkaffee-Fabriken in Herdingen provozierte Streik ist bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht beigelegt. Das Gewerkschaftsrat Krefeld hat deshalb zur Unterstützung der Streikenden in seiner Sitzung am Freitag, dem 15. Mai, beschlossen, den Boykott über die Produkte der Rathreiner-Werke zu verhängen. — Die Arbeiterfrauen werden aufgefordert, überall Rathreiners Malzkaffee zurückzuweisen und unter den Arbeitern diesen Beschluß in weitestem Maße bekannt zu machen.

Verantwortlich für die Redaktion: Martha Krenke, Berlin — Berlin-Verlags-Internationale, Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW. 61, Planufer 17. — Druck: Friedrichshagen-Druckerei, Berlin SW. 63, Friedriehstraße 225.

Die Kommunistin

Nr. 12

Berlin, Juni 1925

Jahrg. 7

Die Hungerjahre kommen wieder!

Langsam steigt die Flut. Die Flut der Teuerung, der Krise, der Massenarbeitslosigkeit, des Massenhungers. Die Arbeiterklasse, ganz besonders die Arbeiterfrauen, müssen auf der Hut sein, daß sie sie und ihre Familien nicht, wie vor zwei Jahren, darin ertrinken.

Wieder kettern die Preise.

Sprunghaft die Fleischpreise: innerhalb weniger Tage ist Rind- und Kalbfleisch um 20—40 Pf., Hammelfleisch um 35 Pf., Schweinefleisch um 30—40 Pf. teurer geworden.

Auch das frische Gemüse, das in diesem Jahre sich längst im Preise senken müßte, bleibt auf dem für Arbeiterhaushaltungen unerschwinglichen Durchschnittspreis von 70—80 Pf. stehen oder steigt sogar.

Die alten Kartoffeln werden knapper und deshalb teurer — die neuen (20—30 Pf. das Pfund) bleiben unerschwinglich.

Noch ist der Brotpreis unverändert. Aber wenige Arbeiterfrauen wissen heute noch, daß, verglichen mit 1913 das Brot um 37,9 Proz., das Roggenmehl um 30 Proz. gestiegen ist — daß es in aller nächster Zeit noch um ein bedeutendes weiter steigen wird. Denn diese Teuerung ist nicht von ungefähr.

Die Lebensmittelzölle

werfen ihre Schatten voraus. Noch sind sie nicht Gesetz — aber die Börse kennt ihren Reichstag, weiß schon heute, wie die „Volksvertreter“ die Interessen des Volkes wahren werden. Sie werden den lückenlosen Zolltarif bewilligen.

Flüchtete der Arbeitslose, der abgebaute Beamte, die Kleinrentnerin, die Heimarbeiterin vom Fleisch zum Brot. Vom Brot zur Kartoffel, um ihren Hunger zu stillen — heute muß selbst die Kartoffelsuppe dünner werden: selbst die Kartoffel wird verzollt.

Zölle auf Brot, Zölle auf Fleisch, Zölle auf Zucker, auf Gemüse, Obst und Kartoffeln. — Das ist der lückenlose Zolltarif, dem selbst der Ärmste sich nicht entziehen kann — es sei denn durch den Hungerstreik.

Die abgebaute Beamtin aber, die Sozialrentnerin, die Kleinhändlerin, ja selbst manche Arbeiterfrau, die Hindenburg gewählt hat, „damit es endlich besser wird“ — was werden sie sagen zu einem Zolltarif, der, schamloser als der schlimmste bisher dagewesene Hochschutzzoll, selbst das letzte Volksernährungsmittel, die Kartoffel, ihnen schmälert?

Ihnen wird gesagt, daß

Zölle zur Sicherung der Volksernährung

dienen, daß sie „die Ernährung von der eigenen Scholle“ ermöglichen. Wäre das so, dann müßten die Zölle die Lebensmittel im Lande halten und verbilligen helfen.

Run aber hat Graf Ranitz schon vor einem Jahre die Grenzen für die Ausfuhr des deutschen Getreides geöffnet; nun werden den Junkern gleichzeitig mit den Zöllen noch Extraprämien für die Ausfuhr bewilligt; je mehr sie ausführen, um so mehr andere Waren können sie zollfrei wieder einführen.

Die Landarbeiter mögen sich plagen auf den Gütern der Junker bei Ueberarbeit und Hungerlohn, die

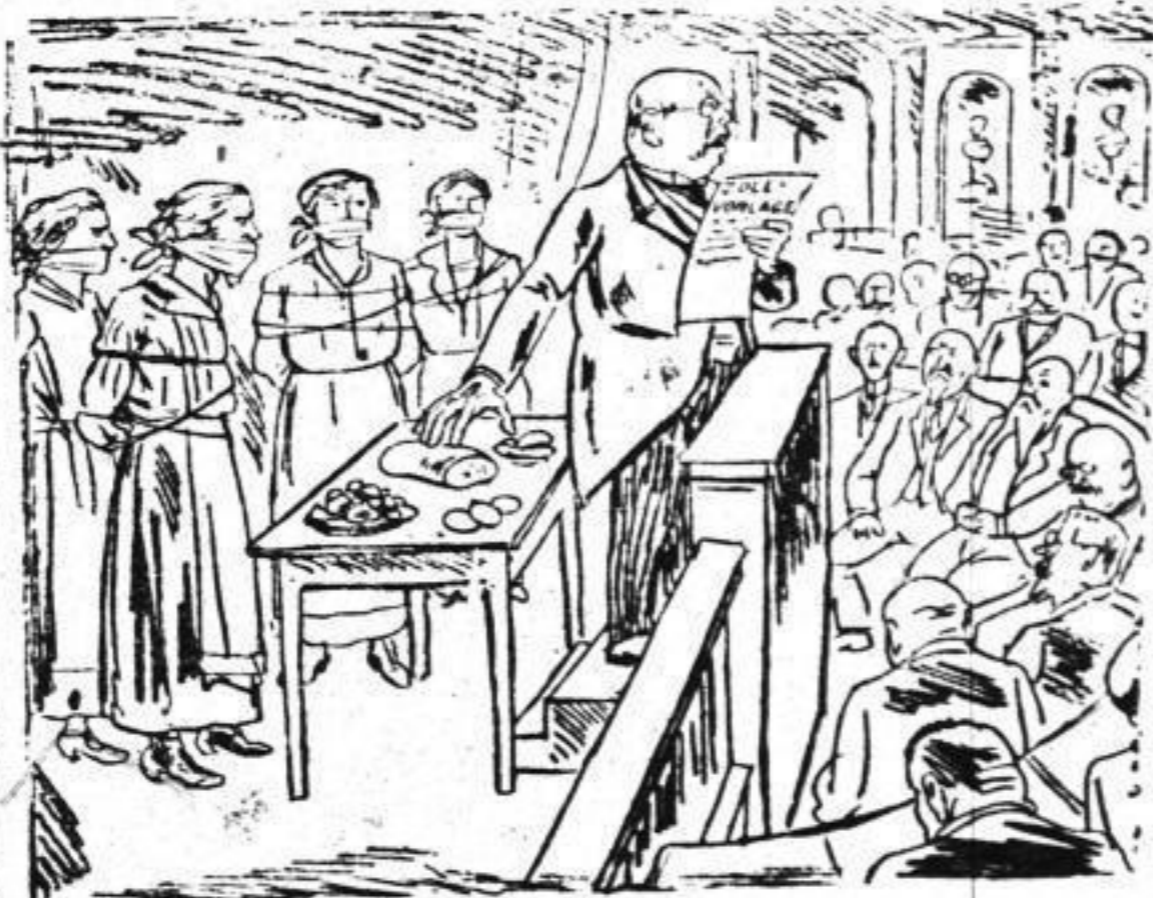
Ernte mag noch so reich auf den Feldern heranreifen — sie wächst nicht für die Arbeiterfamilien in Stadt und Land. Sie wächst für die Ausfuhrprämien und die Spekulationsgewinne der Junker und Börsenmänner. Sie wird in möglichst großer Menge ins Ausland verhandelt, damit die Junker mit zollfreiem Champagner Erntefeste feiern können.

Und die Verbilligung? Schon vor dem Kriege wurde der Zoll fast in ganzer Höhe auf den Getreidepreis draufgeschlagen — das besetzte Deutschland wird noch viel weniger den Zoll „auf das Ausland abwälzen“ können.

Sogar nicht der Volksernährung, aber dem Profit der Junker dient der Zoll und — dem

Säckel des Staates.

War es nicht genug, daß der Staat aus dem Lohnabzug von den Hammerlöhnen weit über das Doppelte mehr als aus der Vermögenssteuer erprekte? War es nicht genug, daß er die kleinen Händler und Handwerker mit der Gewerbesteuer erdrückte, ja, daß er die elendesten Heim-



5 17

arbeiterschichten, wie z. B. die Korbmacher, gar doppelt mit dem Lohnabzug und der Gewerbesteuer belastet? Waren die Lasten aus den Verbrauchs- und Umsatzsteuern, die allein von den breiten Massen getragen werden, nicht drückend genug? Stieg nicht die Zucksteuer um 47 Prozent, soll nicht die Tabaksteuer noch um 15—50 Prozent erhöht die Biersteuer verdoppelt werden? Nach bürgerlichen Berechnungen verschlingen die Steuern allein fast die Hälfte des Volkseinkommens. Dazu nun die Zölle. Allein die Dreizölle belasten den Verbrauch mit 750 Millionen Mark jährlich.

Wozu nun verwendet der deutsche Staat die Steuern, die er uns erpreßt, die Zölle, die uns das tägliche Brot schmälern? Er wirft sie den Junkern in den Rachen, er füttert die Industriekönige mit Hunderten von Millionen. Die Sozialdemokratie meint, das müsse so sein. Denn nur, wenn „die Wirtschaft“ blüht, können auch die Arbeiter leben.

Aber die Wirtschaft blüht nicht. Im Gegenteil:

Die Krise verschärft sich.

Immer mehr Zeichen werden stillgelegt, immer mehr Kumpel auf die Straße geworfen — trotz der Ruhekredite. In der Eisenindustrie: Arbeiterentlassungen — trotz der Steuererlasse. In der Textilindustrie: Kurzarbeit und Zusammenbrechen im Großhandel. In der Schiffbauindustrie: Bankrott — trotz der Staatskredite aus Erwerbslosengeldern. Der gewaltigste deutsche Konzern, die Schöpfung des großen Wirtschaftsführers Stinnes,

Frauenkongress der britischen Labour Party.

Vom 27.—29. Mai fand in Birmingham — berühmt wegen der haarsträubenden Zustände seiner Arbeiterviertel wie als alter Familienstolz der Erzkonservativen Chamberlain und der politischen Rückständigkeit seiner Arbeiterschaft — der Kongress der weiblichen Mitglieder der Labour Party statt.

Die Labour Party (heißt Arbeiterpartei) hat in England ungefähr den Charakter der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Ihre Mitglieder sind aber nicht alle Sozialdemokraten. Sie ist eigentlich eine Partei, die aus verschiedenen Organisationen (Körperschaften) zusammengesetzt ist. Nur die kommunistische Partei ist nicht als Korporation aufgenommen worden. Die Kommunisten sind aber außer in der R.P.C. auch als Einzelmitglieder in der Labour Party organisiert.

Es war ein typischer Kongress von Reformisten: äußerlich groß und imposant mit seinen 1000 Delegierten, die 200 000 weibliche Mitglieder der Labour Party vertraten; inhaltlich voller Widersprüche und Halbheiten, radikaler Gefühlspolitik, die sich niemals bis zur grundsätzlichen Opposition gegen die reaktionäre rechte Führung erhob; guter Ansätze, die sich im Sumpf des Reformismus nicht auswirken können.

Bezeichnend dafür war der Jubel, mit dem das Telegramm der englischen Gewerkschaftlerinnen, die sich gegenwärtig in Sowjetrußland befinden und das die Grüße der russischen Arbeiterinnen übermittelte, aufgenommen wurde und die Annahme einer Resolution, die die Exekutive der „Arbeiter- und sozialistischen Internationale“ (II. Internationale) auffordert, zu dem im August in Paris stattfindenden Frauenkongress auch die „russischen sozialistischen Frauen“ einzuladen.

Zweifellos waren damit die bolschewistischen Frauen gemeint, da ja die menschenwürdigen Frauen ohnehin der Organisation angehören und keiner besonderen Einladung bedürfen.

Ebenso wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, die Verhandlungen mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen und auch eine Protestresolution gegen den Jankoff-Terror in Bulgarien fand einstimmige Annahme.

Einer der Hauptpunkte des Kongresses war die Opposition gegen das gegenwärtig zur Debatte stehende englische Budget, das mit der vorgesehene hohen Steuer auf Kunstseide und dem Betrag der Witwenpensionen neue Lasten für die Arbeiterklasse bringt. Die Forderung der Witwenpension ist eine alte Forderung der Labour Party, aber die Art der Ausbringung der Summen ist ein offener Betrug der Arbeiterschaft. Die Forderung dafür sollen durch direkte Beiträge von Arbeitern und Unternehmern aufgebracht werden. Da aber die Witwenpension gleichzeitig die jetzt aus Staatsmitteln befristete Armenfür-

sorge zusammen — trotz der genialsten Ausplünderung der wertvollen Massen.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das durch die Stabilisierung gebannt sein sollte, steht drohend wieder da auf einen Schlag entließ in diesen Tagen die Reicherstieg-Werft in Hamburg 12 000 Arbeiter. Die Teuerung, die durch die Stabilisierung verschwinden sollte, schwillt täglich stärker an.

Durch die Opfer an Gesundheit und Leben, die die Arbeiter und Arbeiterinnen brachten durch Affordschinderei und die Ueberarbeit in den Betrieben, die die Frauen und Kinder brachten durch Hunger und Krankheit — durch all diese Opfer wollten die Sozialdemokraten die Wirtschaft retten. Sie haben sie nur tiefer in den Sumpf gebracht.

Auch das letzte, auch das Zollopfer wird die kapitalistische Wirtschaft nicht retten.

Was in der Geldentwertungzeit die Notepresse besorgte, planlos, geisteslos, kopflos, wie ein Bankrotteur, der keinen Ausweg mehr sieht — das geschieht heute planvoll, organisiert, im hellsten Lichte der Gesehlichkeit.

Aber wie Oesterreich in aller Ruhe und Ordnung, in aller Planmäßigkeit und Gesehlichkeit zu Tode saniert wurde, — so wird es Deutschland gehen, wenn nicht die Arbeiterklasse der steigenden Flut einen Damm baut.

Gegen die Regierung des organisierten Hungers gilt es den Kampf organisieren! Den Kampf um die Kontrolle der Produktion, wo die Betriebe stillgelegt werden und die Wirtschaft zerfällt. Den Kampf um die Kontrolle der Preise, wo die Teuerung uns erwürgen will.

sorge erregen soll, würde der Anteil der Unternehmer um soviel geringer ausfallen, während die Arbeiter natürlich ihren Anteil voll auszubringen hätten. Dabei ist die Witwenpension viel geringer als die Armenunterstützung. Kein Wunder also, daß sich die Arbeiter für diese Art der Liebesgaben bestens bedanken.

Die Frage, die am stärksten die Stärke der Opposition gegen die reaktionäre Führung aufzulegte, war die der Auswanderungspolitik. Die von Margaret Bondfield, einem Mitglied der ehemaligen MacDonald-Regierung, vorgelegte Resolution sprach sich für „Familienauswanderung“ aus. Der Labour-Imperialist Thomas, Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft und ehemaliger Kolonialminister, ist ein eifriger Befürworter der Auswanderung nach den Kolonien und mehr oder weniger ausgesprochen sind es alle rechten Führer. Die Debatte über die Resolution ergab aber eine starke Opposition gegen diese imperialistische Politik: „Wir müssen die Regierung zwingen, dafür zu sorgen, daß solche Verhältnisse herrschen, daß die Arbeiter nicht auszuwandern gezwungen sind.“ Immer und immer wieder wurde betont, daß Auswanderung keine Lösung der Arbeiterprobleme ergibt. Der Rechten gelang es schließlich, zu einem Kompromiß zu kommen: die Resolution wurde mit einem Zusatz, daß Auswanderungspolitik nur in Frage kommen könne, wenn gleichzeitig eine Politik der Landaufteilung in England eingeschlagen wird, an das Komitee zurückgewiesen.

Gegen Geburtenkontrolle wurden aus religiösen Gründen Bedenken laut. Die Sprecherin, ein Fräulein Quinn, erklärte: Geburtenkontrolle sei ein Verbrechen gegen Gott und Menschheit. Dieser Vorfall zeigt nur, was alles für Strömungen innerhalb der Labour Party Platz finden. Die Resolution zu dieser Frage verlangte, daß öffentlich angestellte Ärzte berechtigt sein sollen, Informationen über Geburtenkontrolle zu erteilen; sie wurde fast einstimmig angenommen.

Weiter standen Fragen des Wahlrechts, der Nahrungsmittelsteuerung und des Wohnungsbaues zur Debatte.

In der ersten Frage wurde verlangt, daß Männer und Frauen vom 21. Lebensjahr ab das Wahlrecht haben sollen. (Jetzt dürfen Frauen erst vom 30. Lebensjahr ab wählen.)

Zur Nahrungsmittelsteuerung wurde Rationalisierung des Grund- und Bodens, Konsolidation brachliegenden Landes zur Bewahrungszwecken und schärfere Kontrolle der Nahrungsmitteltrucks verlangt. In der Wohnungsfrage soll der Druck auf die Regierung verstärkt werden.

Die Konferenz zeigte sehr klar die ganzen Schwächen und Zweifelpunkte der britischen Arbeiterbewegung; aber gleichzeitig auch die großen Aufgaben, die der R.P. daraus erwachsen — die radikalen Strömungen zusammenzuschweißen zu einem lebendigen linken Flügel, der unter Führung der kommunistischen Partei allen rechten imperialistischen Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung den Krieg erklärt und zur Schaffung einer bolschewistischen Massenpartei beiträgt.

Das Reichsarbeitsministerium plant einen Raub der Wochenhilfe-Leistungen.

Nachdem in den Jahren 1923/24 bereits die Wochenhilfeleistungen verschlechtert und die Wochenfürsorge auf Grund des Ermächtigungsgesetzes als Reichsaufgabe befreit ist, will der Zentrumsarbeitsminister Brauns erneut einen Raub an den bisherigen schon geschmäleren Wochenhilfeleistungen vornehmen. Dem Reichsrat ist ein dahingehender Entwurf bereits zugegangen. Dieser Entwurf fordert den schärfsten Protest der Arbeiterschaft, besonders aber der werktätigen Frauen, heraus.

Am Montag hat in Berlin eine Kundgebung stattgefunden, veranstaltet vom Hauptgesundheitsamt, in der eine Reihe von Ärzten sowie auch als Vertreter der Krankenkassen A. Kohn mit aller Schärfe gegen den Entwurf Stellung nahmen.

Die bisherigen Leistungen der Wochenhilfe bestanden in einem einmaligen Beitrag zu den Entbindungskosten von 25 Mark, einem Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes (mindestens 50 Pf. täglich) für zehn Wochen und ein Stillgeld für die Mütter, die ihr Kind selbst stillen, in Höhe des halben Krankengeldes (mindestens 25 Pf. täglich). Familienangehörige männlicher Versicherter, die keinen Anspruch auf Wochenhilfe haben, erhalten die Mindestsätze. Die Kosten für die Familienhilfe werden den Krankenkassen zur Hälfte vom Reich zurückerstattet. Für das laufende Jahr sind 20 Millionen dafür im Etat eingelegt.

Der Entwurf bringt nun die Zahlung eines einmaligen Betrages von 80 Mark in Vorschlag, der bei der Entbindung ausgezahlt werden soll für beide Gruppen, für die Versicherten aber eine Kürzung auf Dreiviertel des Krankengeldes.

Die Zusammenfassung des bisherigen einmaligen Betrages, Wochenlohn und Stillgeld, in einem Betrag, begründet die Regierung mit der Vereinfachung der Abrechnung bei der Uebertragung dieser Lasten auf die Gesamtheit der Versicherten. Es liegt der springende Punkt für die Regierung. Sie will die Kosten für die Familienhilfe nicht mehr übernehmen. Auch noch die letzten Ausgaben für Mutterschutz will sie den Krankenkassen allein, also der Arbeiterschaft aufbürden, nachdem sie bereits die Wochenfürsorge den Gemeinden überlassen hat.

Bei dieser Gelegenheit kürzt sie dann gleich die Wochenhilfeleistungen für die erwerbstätigen Frauen in der unerhörtesten Weise.

Beispiel einer Arbeiterin mit 50 Pf. Stundenlohn.

	bisher	nach dem Regierungsentwurf
	Mark	Mark
Einmaliger Beitrag zu den Entbindungskosten	25	80
Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes für zehn Wochen, 2 M. täglich gleich 14 M.	140	105
Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes für 12 Wochen, 1 M. täglich gleich 7 M.	84	
	249	185

also weniger 64 Mark.

Der einmalige Betrag wird natürlich sofort für die Hebamme und für die notwendigen Anschaffungen ausgegeben. In der Zeit nach der Entbindung, in der die Wöchnerin besonderer Pflege bedarf, um überhaupt in der Lage zu sein, ihr Kind selber zu stillen, und wieder arbeitsfähig zu sein, soll sie mit dem halben Betrage des früher erhaltenen Geldes auskommen (Wochenhilfe und Stillgeld).

Die bürgerlichen Ärzte sehen eine Gefahr für die Säuglingsfürsorge in dem Wegfall des Stillgeldes als

Stillprämie, da bisher der Bezug des Stillgeldes abhängig war von dem Nachweis, daß die Mutter ihr Kind selbst stillt. Aus diesem Grunde suchten die Mütter in erster Linie die Säuglingsfürsorgestellen auf. Es wurde aber vom Professor Langstein zugegeben, daß die bisherige Praxis den Müttern, die tatsächlich unfähig sind, ihr Kind selbst zu stillen, das Stillgeld zu versagen, ein Unrecht darstellt, das auf anderem Wege ausgeglichen werden muß.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums die Erhöhung der Wochenhilfe beantragt und darauf hingewiesen,

Arbeiterfrauen

kämpfen gegen Teuerung,
Steuern und Zölle in der

Kommunistischen Partei!

daß es lächerlich ist, bei einem täglichen Stillgeld von 25 Pf. von Stillprämie zu reden. Bei dem jetzigen ungenügenden Schutz der erwerbstätigen Mütter ist es aber ein Unrecht, den Frauen, die gezwungen sind, nach der Geburt gleich wieder der Erwerbsarbeit nachzugehen, oder die aus körperlichen Gründen unfähig sind, ihr Kind zu stillen, das Stillgeld zu versagen. Die kapitalistische Fronarbeit ist es, die die Mütter von ihren Kindern trennt und sie zwingt, sie mit Kuhmilch zu ernähren.

Sämtliche Parteien lehnten den kommunistischen Antrag ab, die Wochenhilfeleistungen des Reiches auf 150 Millionen zu erhöhen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat aber auch weiter sofort nach Zusammentritt des Reichstages ihre alten Forderungen zum Schutze für Mutter und Kind in einem Gesetzentwurf niedergelegt. Er enthält das, was in Rußland bereits durchgeführt ist.

Befreiung von der Arbeit 8 Wochen vor und nach der Niederkunft bei Weiterzahlung des vollen Lohnes. Stillgeld in Höhe von 1 Mark täglich für die Dauer von neun Monaten. Außer der unentgeltlichen Hebammen- und Arztbesuche einen einmaligen Betrag von 100 Mark zu den sonstigen Kosten der Entbindung. Sechsstündige Arbeitszeit innerhalb des ersten Jahres nach der Geburt, Stillpausen täglich zweimal, je eine halbe Stunde. Stillstrippen in Verbindung mit den Produktionsstätten. Entlassungen dürfen während der Schwangerschaft und innerhalb eines Jahres nach der Entbindung nicht erfolgen. Heime für Mutter und Kind, in denen Mütter bis zu einem Jahre nach der Geburt mit ihrem Kinde zusammen leben können. Obligatorische Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die auf die Mütter belegend zu wirken und sie in jeder Beziehung zu unterstützen hat. Die Kosten für diesen Mutter- und Säuglingsschutz hat das Reich zu tragen.

Bei einer solchen Fürsorge stellt das Stillgeld keine Prämie, wohl aber einen wesentlichen Bestandteil des Säuglingsschutzes, eine Ernährungsbeihilfe dar.

Die Arbeiterschaft muß überall sofort Stellung nehmen zu den Plänen der Regierung. Sie darf nicht zulassen, daß die Regierung die Frauen unter Androhung von Zuchthausstrafen zwingt, Kinder zu gebären, sie selbst aber in verantwortungsloser Weise die geringen Lasten, die das Reich bisher getragen hat, auch noch auf die Arbeiterschaft abwälzt.

Bei Heimarbeitern.

Grete: Wirst du heute noch fertig, Mutter? Seit morgens 6 Uhr sitzt du an der Maschine.

Mutter: Ja, Grete, ich kann mir nicht helfen. Wenn es dir nicht paßt, so mach, daß du fort kommst.... Ich verlange deine Hilfe nicht.

Grete: Mutter, immer dasselbe Lied. Wer soll das aushalten? Ich helfe ja gern, warum aber diese ewigen Spitzfindigkeiten? Ich glaube dir ja, daß du ärgerlich bist. Wenn ich das Gelumpere nur sehe, werde ich böse. Da tragen sie die feine Watistwasche. Pfennige bringt es dir ein und deine Augen sehen kaputt.

.... Mutter... wein' doch nicht, ich bin ja schon ruhig....

Mutter: Grete, ich kann nicht mehr. Wir müssen doch leben. Bis Vater Arbeit hat, muß ich noch Heimarbeit nehmen.

Grete: Ja, und dann? Dann reicht's auch nur fürs Essen, und jeden Schuh, jedes Hemd der Kinder mußt du noch erarbeiten. O, wie ich diese Gesellschaft hasse, die Watistwasche trägt und sie nur halb bezahlt.

Mutter: So kannst du nicht reden, Grete, die Wäsche ist länderhaft teuer.

Grete: Ja, all die, die keinen Finger dabei krumm gemacht haben, die verdienen daran. Nur du, die ihre Gesundheit hergibt, du mußt hungern. Zant und Streit sind im Hause, weil jeder Stroh, den du machst, dir ein Stroh ins Gehirn ist. Der Teufel mag dabei grinsen. Das kann man nicht mehr Familienleben nennen.

Mutter: Man müßte die Reichen einmal in die Häuser der Heimarbeiter führen, in denen ihre Wäsche genäht wird. Wenn sie einmal das Elend mit eigenen Augen sehen könnten. Aber sie ahnen vielleicht nicht einmal, wie schlecht es uns geht. Dem Unternehmer ist es schließlich doch auch nicht zu verdienen. Die Arbeiterinnen kommen ihm ja ins Haus gelaufen und eine unterbietet die andere.

Grete: Was du von den Reichen denkst. Die Reichen würden gar nicht in die Häuser der Armen gehen. Sie wollen gar kein Mitleid empfinden. Ach, Mutter, die sind ja zum größten Teil der Ansicht, daß es Reiche und Arme geben muß, und daß es den Arbeitern noch viel zu gut geht, sonst würden sie ja nicht streiken und für noch viel niedrigere Löhne bereitwillig arbeiten. Sie sagen, die Erwerbslosenunterstützung hat Schuld, daß die Arbeiter auf so hohem Pferde sitzen.

Mutter: Ich kann mit die Menschen nicht so hart vorheken.

Grete: Das ist es ja, darum kannst du auch nicht gegen sie kämpfen. Du glaubst eben an ihre Seele rühren zu können, wo es gar keine gibt. Der liebe Gott steckt auch mit den Reichen im Bunde, den hegen sie ebenfalls, wenns notwendig ist, auf die Armen.

Mutter: Grete, rede nicht so gottlos.

Grete: Weißt du Mutter, ich war kürzlich in der Heimarbeiterausstellung in Berlin, die von den verschiedenen Gewerkschaften veranstaltet war. Da konntest du einmal sehen, wie niedrig Proleten entlohnt werden. Stundenlöhne von 4 und 6 Pfennigen waren keine Seltenheit. Die Gewerkschaftsvertreter machten den Besuchern klar, daß die Löhne der Heimarbeiter in den letzten 5 Jahren „erschwerendweise“ gestiegen wären. Sehr schön, aber Butter und Fleisch sind auch teurer

geworden. Die Herren erzählten uns auch, die Ausstellung bezwecke, einmal das Elend der Heimarbeiter aufzuzeigen.

Viele Frauen waren dort, die stellten fest, daß die Löhne, die dort angegeben waren, zum Teil auch noch nicht erreicht worden sind. Das war den Herrschaften sehr ungemütlich.

Draußen hat uns eine Frau von der Kommunistischen Partei einen Vortrag gehalten, daß es nicht hilft zu warten, bei den Unternehmern zu betteln, bei den Kapitalisten Mitleid erregen zu wollen.

Mutter: Ich halte nicht viel von den Kommunisten.

Grete: Doch Mutter, was die Frau sagte, ist mir klar. Sie sagte auch, wir müssen uns in den Gewerkschaften zusammenschließen und für bessere Lohnsätze kämpfen, nicht darum betteln. Die Kapitalisten müssen uns fürchten lernen. Sie können auch ohne unsere Arbeit nicht auskommen, also sind sie doch mehr von uns abhängig als wir von ihnen. Das müssen wir erkennen. Wir müssen auch einsehen, daß dieser Kapitalismus, der nicht mehr fähig ist, neue Fabriken zu gründen und darum die Arbeit in die Privathäuser gibt, zerstückelt werden muß.

Siehst du, das leuchtet mir ein, die Kapitalisten müssen uns fürchten lernen. Die Kommunisten zeigen uns den Weg, den wir gehen müssen, um diese Ausbeuter wirklich los zu werden. Ich will darum zu den Kommunisten gehen. Wenn es möglich ist, bessere Zustände für die Arbeiter zu schaffen, Mutter, dann müssen wir Frauen uns daran beteiligen, und wenn es auch noch so schwer ist. Besser hart kämpfen, als kampflös sich ausnützen lassen.

Mutter: Warum sollen wir Frauen gerade dabei sein?

Grete: Ja, gerade wir Frauen. Mit uns macht doch diese Bande die besten Geschäfte. Wenn die Unternehmer nicht konkurrenzfähig sind, versuchen sie auf Kosten der Arbeiter die Waren zu verbilligen. Und die billigste Arbeitskraft ist die Frau. Außerdem haben die Frauen für den Unternehmer noch den Vorteil, daß sie sich nicht gegen die drückendsten Bestimmungen auflehnen. Die Frauen, Mutter, das sind die besten Stützen der Reaktion, die haben auch Hindenburg gewählt. Gerade die Frauen müssen aufgeklärt sein. Und ich will nicht länger so dumm herumlaufen.

Mutter: Da hast du schon recht, die meisten Heimarbeiter sind auch Frauen. Ich habe mich manchmal schon schwer darüber geirrt, wie eine die andere unterbietet. Es wäre gut, wenn man die Heimarbeiter zusammenschließen könnte und ihnen klar machen, daß sie nur dem Reichen helfen, wenn sie die Arbeitskollegen unterbieten.

Grete: Siehst du, Mutter, das ist vernünftig. Wir wollen uns nicht mehr zanken, laß uns lieber einen Strang ziehen und den Kampf gegen unseren wirklichen Feind führen, gegen den Kapitalisten.

Freilich, Mutter, du mußt nicht denken, die Kommunisten bringen uns die gebratenen Tauben entgegen. Sie können uns nur den Weg zeigen, den wir gehen müssen, um unsere Lage zu verbessern. Kämpfen, das müssen wir selber, geschlossen mit den Proletariern. Darum heißt es, viele Millionen zusammenschließen, eine Macht gegen das Kapital aufzustellen.

Weißt du, Mutter, das sehe ich ein, das ist der einzige Weg für Heimarbeiter, für Landarbeiter, für Stadtproleten, für alle Ausbeuteten, eine Macht aufzubauen gegen die Ausbeuter, gegen das kapitalistische System.

Die Ergebnisse der Tätigkeit der politischen Zirkel der Arbeiterinnen in Leningrad.

(Schluß.)

Zum Jahrestag des Todes des Genossen Lenin beendeten von 26 politischen Zirkeln 217, hauptsächlich Fabrikzirkel, ihren Lehrkurs.

Unterricht erhielten in diesem Zirkel 6143 Arbeiterinnen und 5360 Arbeiterinnen beendeten den Lehrkursus, d. h. machten sich in diesem oder jenem Grade mit dem Programm bekannt, und was die Hauptsache ist, besuchten den Zirkel regelmäßig und beteiligten sich an demselben bis zum Ende. Um genau festzustellen, wie die Arbeiterinnen, die den Lehrkursus der Zirkel beendet haben, zum weiteren Lernen zu verteilten sind, arbeitet der Leiter des Zirkels zusammen mit dem Organisator der Arbeiterinnen in bezug auf jede Arbeiterin eine Charakteristik aus, so daß wir gegenwärtig in allen Rayons genaue Angaben haben. Als Beispiel wollen wir die Ziffern des Moskauer-Marwa-Rayons anführen. Von 1077 (in 35 Zirkeln von der Gesamtzahl von 62) Arbeiterinnen, die den Lehrkursus beendet haben, sind 498 für die Parteschule mit vereinfachtem Programm, 261 für die Normalparteschule, 40 für die Schule des M. S. S. S. U. für die Analphabetenschule und 94 für einen Wiederholungskurs ins Auge gefaßt.

Im Durchschnitt wurden in den Fabrikzirkeln nach Beendigung der Kurse 40 bis 50 Prozent der Hörerinnen in die Partei übergeben.

Das ist das Hauptresultat der Tätigkeit der politischen Zirkel. So sind z. B. im Moskauer-Marwaer Rayon aus der Arbeitergruppe der politischen Zirkel 532 Arbeiterinnen, d. h. 58,2 Prozent in die Partei eingetreten. Im Rayon Kasilewskij-Ostrow betrug der Prozentsatz der in die Partei Eintretenden 41½ Prozent und in der Arbeitergruppe des Petrograder Rayons 39½ Prozent.

In einer ganzen Reihe von Betrieben ist die gesamte Gruppe der Hörerinnen fast restlos in die Reihen der Partei eingetreten. So traten z. B. in Betrieb „Promet“ von 15 Arbeiterinnen 15 in die Partei ein, in der Fabrik „Wizli“ von 60 Arbeiterinnen 15, im Straßenbahnwagendepot „Smirnow“ von 30 Arbeiterinnen 23 usw.

Die Arbeiterinnen betonen in ihren Resolutions, daß sie die erhaltenen Kenntnisse in das Dorf tragen wollen.

Die Reden der Arbeiterinnen und ihre Mitteilungen in den Zeitungen zeigen uns, wie ungeheuer stark ihr Wunsch, sich das Leninische Wissen anzueignen, ist und wie begeistert sie unserem Führer und seiner Partei ergeben sind. Die Zirkel wurden zu einer wahren Schule des Kommunismus, die der Partei neue Kader aus ihrer Mitglieder gegeben hat.

Verantwortlich für die Redaktion: Martha Krenschke, Berlin. — Verlag: Verlagsgesellschaft Internationaler Verlagsgesellschaften G. m. b. H. Berlin SW. 61, Planufer 1.
Druck: Friedrichshagen-Druckerei, Berlin SW. 43, Fildorferstraße 10.